

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur mit Ausnahme der Feiertage: Die Neue Welt; Hans Mardwald, Magdeburg. Verantwortlicher Redakteur mit Ausnahme der Feiertage: August Hobian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Hartmann, Magdeburg. Druck von Frank & Sohn, Magdeburg. Geschäftsschreiber: Salzstraße 49, Bernhard Preyer 1887. Redaktion: Gr. Sonnenstraße 8. Herausgeber: H. Hartmann.

Premiernummer zahlbares Abonnementpreis: Vierteljährl. (Int. Bringerlohn) 2 Mr. 25 Pf., monatlich 80 Pf. per Briefband in Deutschland monatl. 1 Gmpf. 1.70 Mr., 2 Gmpf. 2.80 Mr. In der Expedition und den Buchhandlungen vierter Jahrgang 2 Mr., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Postgebühr. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Weihnachtsnummern 10 Pf. — Unterhaltungsgebühr die leichtestvollste Zeitung 10 Pf. Vollzeitung 10 Pf. Nr. 7889

Nr. 275.

Magdeburg, Dienstag, den 25. November 1902.

13. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten einschließlich des Romans „Excellenz Nougat“.

## Zollwucher und Hinterbliebenen-Rente.

Das Gewissen nicht nur des Centrums, sondern auch der gesamten herrschenden Klassen hatte sich schon lange insfern geregt, als sie den von ihnen geplanten Zollwucher durch eine anscheinende soziale Fürsorge verdecken wollten. Die Henchel ist die Konzession, welche das Vaterland an die Jugend macht.

Schon als der Zolltarif noch nicht eingebrochen, aber bereits angekündigt war, hatte Graf Wüllow feierlich erklärte, daß die Regierung zwar eine Erhöhung der Kornzölle vorschlagen, den Ertrag derselben aber für sozialpolitische Zwecke zu Gunsten der Arbeiterklasse verwenden wolle.

Nach Tische sprach man anders! Nachdem die „Zollsvertretung“ in zweiter Lesung die unzähligen Zollerhöhungen beschlossen hatte, suchten unsere Genossen die Herren um ihr Versprechen unsanft zu erinnern. Sie beantragten deshalb, daß von nun ab der Ertrag der Zölle auf Roggen, Weizen, Bries, Gerste, Bieh, Fleisch, Butter, Käse, Eier, Mehl und sonstige Müllereierzeugnisse, Buchtweizen, Hirse, Mais, Mais, Bützenfrüchte, Kartoffeln, Wurzelgemüse, Nüchsen, Obst, Feuerzich, Wild, Fische, Kaviar, Kaviar-Essigstoffe, Kaviarsalat, Milch, Eigelb, Eiweiß, Honig, Granaten, Bries und verwandte Produkte zur Witwen- und Waisenversicherung verwandt werden sollten. Die Annahme dieses Antrages hätte natürlich die Arbeiterschaft mit den Zöllen nicht versöhnen können. Das Volk muß den Zoll nicht nur für die ausländischen Waren, welcher in die Reichsklasse fließt, entrichten, sondern muß infolge des Zölles auch die einheimischen Lebensmittel teurer bezahlen. Die im Vergleich mit den aus dem Auslande eingeführten Mengen Getreide unglaublich größere Menge des im Innlande angebauten Getreides muß der Arbeiter ebenso teuer bezahlen, wie das importierte, und das dafür mehr ausgegebene Geld tritt nie für den Staat greifbar in die Erziehung; es bleibt in den Taschen der Großgrundbesitzer. Die Behauptung also, daß durch die Versorgung der Hinterbliebenen vom armen Mann Ertrag für die Opfer gebracht werde, die er den Großgrundbesitzern gebracht hat, ist Spiegellichterei.

Zunächst wäre es ein schwacher Trost, wenn derjenige Teil des drückenden Obolus, den die Reichsklasse einheimist, dafür verwandt würde, daß Elend der Witwen und Waisen zu mildern. Trotzdem waren alle bürgerlichen Parteien ausnahmslos darüber einig, daß der Antrag der Sozialdemokraten abzulehnen sei. Sie wollen eben, daß die schädlichen Lebensmittelpfände nicht nur der Kaiser Einnahmen erhöhen, sondern auch noch die besitzenden Klassen der Notwendigkeit entheben, eine Reichseincommensteuer auf die hohen Einkommen zu legen.

Nachdem der ursprüngliche Vorschlag unserer Genossen abgelehnt war, versuchten diese es mit demjenigen Antrage, der in der Kommission die Zustimmung der Mehrheit gefunden hatte. Danach sollten nicht die gesamten Lebensmittelpfände, sondern nur die durch die Zoll erhöhung, erwähnten Mehreinnahmen des Reichs zu Gunsten der Witwen- und Waisenversicherung verwandt werden. Außerdem sollten nicht die Zölle auf alle die oben genannten Lebensmittel dabei berücksichtigt werden, sondern nur die Zölle auf Roggen, Weizen, Gerste, Bieh, Fleisch, Butter, Käse, Eier, Mehl und sonstige Müllereierzeugnisse. Um festzustellen, um wie viel die Reichseinnahmen aus den fraglichen Zöllen gestiegen seien, sollte der Durchschnittsbetrag aus den Zöllen innerhalb der acht Jahre von 1895 bis 1902 berechnet werden. Es sollte also die Gesamtsumme des aus den fraglichen Zöllen von 1895 bis 1902 eingekommenen Betrages durch 8 geteilt werden. Alle Einnahmen aus den betreffenden Zöllen, welche diese Summe übersteigt, sollte für die armen Witwen und Waisen verwandt werden. Da aber Herr Bismarck mit den Konservativen und der Reichspartei, das Centrum, die Nationalliberalen und die Freisinnige Volkspartei diesen Antrag niederschmissen, wurde er abgelehnt.

Nunmehr sah sich das Centrum genötigt, wenigstens ein klein wenig von dem Plan der sozialen Fürsorge aus dem antisozialen Zölle aufrecht zu erhalten. Es beschränkt die für den genannten Zweck in Aussicht genommenen Zölle auf den für Roggen, Weizen, Bieh, Fleisch, Butter, Käse, Eier und Mehl, streicht also aus der Liste noch Hafer, Gerste und die Müllereierzeugnisse (außer Mehl). Keiner soll der Mehrertrag so festgesetzt werden, daß der Durchschnittsbetrag nicht aus den Jahren 1895 bis 1902, sondern 1898 bis

1903 berücksichtigt wird, da in den letzten Jahren die Zolleinnahmen gestiegen sind. Vor allem aber soll die Berechnung so vorgenommen werden, daß berechnet wird, wie viel auf den Kopf der Bevölkerung in den letzten Jahren durchschnittlich eingekommen ist. Diese Summe soll alljährlich mit soviel multipliziert werden, wie das deutsche Reich Einwohner hat. Nur derjenige Betrag, der die auf diese Weise berechnete Summe übersteigt, soll den armen Witwen und Waisen zu gute kommen. Vor dem Jahre 1910 ist an eine Zahlung der geringen Rente überhaupt nicht zu denken.

Trotzdem waren Herren von Bismarck, den Konservativen, der Reichspartei, den Nationalliberalen und der Freisinnigen Volkspartei auch diese kleinen Müllereierzeugnissen noch zu hoch. Nur mit geringer Mehrheit gelang es — weil unsere Parlementarier für den Antrag stimmten — die Ablehnung zu verhindern.

Zum besonderen Höhepunkt herauf Herbert Bismarck, die Konservativen, die Reichspartei und die Nationalliberalen eine amtliche Untersuchung darüber vorschlugen, ob und wie es sich ermöglichen lassen würde, einen erheblichen Teil der Nahrungs- und Genussmittelzölle für die Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden. Eine „Untersuchung“, die niemandes Not lindert, statt wirksame Hilfe! Welche Ironie liegt darin!

Zeigt schon der Zollwucher an sich die Brutalität der herrschenden Parteien, so beweisen die Verhandlungen über den sozialpolitischen Paragraphen, wie unsere sehr „christlichen“ Parteien das Bibelwort verspotten: „Du sollst die Witwen und Waisen nicht bedürfen.“ —

## Politische Übersicht.

Magdeburg, den 24. November 1902.

### Die polizeilichen Missgriffe vor dem Reichstage.

Bg. Berlin, 22. November. Am heutigen Tage sah der Reichstag zu Bericht über die Polizei. Für die Rechte haben solche parlamentarischen Gerichtsverhandlungen im allgemeinen wenig Interesse; allein die Festnagelung ihrer Schwänzer an vorigen Sonnabend durch Singe scheint doch nicht ohne gute Folgen geblieben zu sein. Die Bänke rechts vom Centrum waren müßig, aber sie waren immerhin besetzt; neben Dertel, der sonst bei beratigen Gelegenheiten oftmals als alleiniger Vertreter der Rechten zu fungieren pflegt, sah man auch u. Karadorff und andere konservative Parteihäupter. Auf der Tribüne sah man ein ziemlich zahlreiches Publikum versammelt, u. a. war K. Anita Augspurg erschienen, die mit großer Ausdauer den Verhandlungen bis zu ihrem Ende bewohnte.

Auf der Tagesschrift stand die Interpellation unserer Fraktion über die in der letzten Zeit sich häufenden polizeilichen und richterlichen Missgriffe. Skeptiker halten mehr oder minder laute Zweifel geäußert, ob die Regierung, b. h. der Reichskanzler, die Interpellation beantworten und sich nicht vielmehr hinter den mit Recht so beliebten Kompetenzvorwand verstecken würden. Aber diesmal war ihr Skeptizismus unberechtigt. Herr Nieberding, des Reichsjustizamts Staatssekretär, erklärte sich im Auftrage des Reichskanzlers zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit!

Zu glanzvoller Mode, deren Eindruck sich eingestanden hat, auch die Reaktionäre der Rechten nicht entziehen konnten, gehörte Genosse Heinrich die neu-ostpreußische Willkür, die — nicht an Preußens Grenzen beschränkt — in den Hallen Augsburg, Lübeck, Rappoport und, besonders empfindlich, im Halle des geschätzten Redakteurs Hoffmann-Kattowitz so unangenehm sich geäußert hat.

Herr Nieberding antwortete. Außer Ablenkungen konnte er sich nicht freien. Er gab einige Missgriffe zu, andere suchte er zu bemitleiden, andere stellte er in Abrede, wieder von anderen wußte er rein gar nichts. Dem Reichskanzler missfallen Fälle Hoffmann, versicherte er durchaus glaubwürdig, lehnte aber hinzu, daß des Reichskanzlers Macht eitel Stolzwerk und von den eisernen Partikularstaaten mit dorignen Hecken umhegt ist.

Die Besprechung der Interpellation ergab eine erfreuliche Vereinigung des ganzen Hauses. Herr Nassau und Herr Grüber — vor Zeiten der Centrumsdemokrat genannt — sahnen unerwartet kräftige Töne und heissten dringend eine reichsgesetzliche Regelung des Strafvollangs. Langmann von den Freisinnigen Volkspartei, der geistreiche Advokat, nahm die Polizei und die ostpreußischen Gerichte schärf ins Gebet und meinte, Entschädigung und Unschuld erlittenen Untersuchungshaft sei das beste Mittel gegen frivole Verhaftungen.

Selbst Dr. Dertel äußerte sich recht kräftig über den Fall des Kattowitz Redakteurs; ein paar saule Worte über K. Anita Augspurg konnte der „galante“ Agrarierdrucker aller-

dings nicht verbeissen, wofür ihn nachher Dr. Müller-Weiningen gebührend kläffte. Kurz, aber gut sprach Schrader von der Freisinnigen Vereinigung; der Pole Czarinski kündigte eine besondere Interpellation seiner Fraktion über den Fall Hoffmann an. Mit feuriger Veredlung geizte Webel die Zustände in den deutschen und zumal in den preußischen Gefängnissen. Nachdem noch Dr. Ballhausen, Staatsratsbevollmächtigter von Weimar, das Urteil seiner heimischen Polizei in Sachen Anita Augspurg eingestanden hatte, schloß gegen 6 Uhr die Beratung. — Am Montag wird das Tarifgesetz weiter behandelt. —

### Friedrich Alfred Krupp †.

Vom Sonnabend meldete das amtliche Telegraphenbureau:

„Friedrich Alfred Krupp ist heute nachmittag 8 Uhr an einem Schlaganfall gestorben.“

Der „Vorwärts“ bemerkte dazu: „Der Tod legt uns die Pflicht auf, vorläufig von jeder weiteren Erörterung der an Krupps Namen geknüpften Angelegenheit abzusehen.“

Friedrich Alfred Krupp war am 17. Februar 1854 geboren und übernahm nach dem am 14. Juli 1887 erfolgten Tode seines Vaters Alfred die Essener Gußstahlwerke, die die bedeutendsten der Erde sind. Er gründete eine Reihe neuer Abteilungen, erwarb 1893 das Grusonwerk und 1896 den Betrieb der Schiffshand- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Germania“ in Berlin und Saarbrücken. Im Jahre 1899 beschäftigte die Firma Krupp einschließlich 3210 Beamten 44 087 Arbeiter. Mehr als 100 000 Personen bezogen von ihm ihren Lebensunterhalt. Zum Verlehr auf dem Essener Werk allein dienten 100 Kilometer Eisenbahngleise; ein Telegraphennetz von 80 Kilometern vermittelte 19 308 Depeschen, ein Fernsprechnetz von 297 Kilometern täglich rund 1000 Gespräche. Die Konsumanstalt der Werke hatte 47 Verkaufsstellen. Es ist das Muster eines Eisenbetriebes. Krupp war Mitglied des Staatsrats, wurde aus besonderem Vertrauen der Krone auch am 27. Januar 1897 ins Herrenhaus berufen, später zum Wirklichen Geheimen Rat ernannt und gehörte 1892 bis 1898 dem Reichstag an als Vertreter seiner Vaterstadt Essen. Er war hier Hospitant der freikonservativen Partei. Die Stadt Essen hatte ihn auch zu ihrem Ehrenbürger ernannt. Mit ihm ist der erste deutsche Industrielle und der erste preußische Steuerzahler gestorben.

Reichtum und Stellung vermodsten dem Toten weder Schmerz zu ersparen, noch Glück zu bringen. Und was sie zuletzt ihm geben, ist einzig jenes Mitleid, das sich erschaurig anfühlt: io möchtest du nicht sterben!

Von dem Kaiser ist eine Depesche eingegangen, in der es heißt:

„Friedrich Gußstahlfabrik Friedrich Krupp, Essen (Westf.). Die Nachricht von dem so unerwartet eingetretenen Aufhören ihres Chefs hat mich sehr erschüttert. Die Beisetzung hatte den Geheimen Rat Krupp an die Sitzung eines Unternehmens genutzt, das weit über die Grenzen des Vaterlandes eine universale Bedeutung gewonnen hat.... In der Fürsorge für seine Angehörigen war er unberücksichtigt und vorbildlich.“

Dieses Kaiserstete war am dritten namentlich auch für die Arbeiter des Gußstahlfabrik in sozialpolitischer Hinsicht von Interesse sein. —

## Deutschland.

Berlin, 24. November. Die Deutsche Gesellschaft zur Verbesserung der Geschlechtskrankheiten hatte dem Reichskanzler ihre Konstituierung angezeigt. Graf Bülow hat darauf seine Sympathie mit den Bestrebungen der Gesellschaft ausgesprochen. —

— Zur „Verständigung“. Ein Entgegenkommen gegen die Regierung stellt wieder ein Antrag der Nationalliberalen dar, der am Sonnabend dem Reichstag zuging. Der Antrag besagt, daß der Punkt, mit welchem das Kettenschiff in Kraft tritt, durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats bestimmt werden soll. Die Annahme dieses Antrages würde eine Wiederaufstellung der Regierungswilige und eine Beisetzung des von der Regierung bekämpften Kommissionsbeschlusses bedeuten, wonach der Tarif spätestens am 1. Januar 1903 in Kraft treten soll.

— Die Rache. Die deutsch-konservative Fraktion des Reichstages hat in ihrer heutigen Sitzung fast einstimmig beschlossen, sofort für die zweite Lesung des Zolltariffs einen Antrag einzubringen, durch den die Industriezölle der Artikel 17 und 18 des Zolltarifentwurfs um durchschnittlich 25 Prozent gegenüber den Kommissionsbeschlüssen herabgestellt werden. Außerdem ist in Ansicht genommen, durch einen weiteren Antrag die Zölle auf die Erzeugnisse des chemischen Industrie wesentlich herabzusetzen. Dies aufzuhören,

Die Abschüsse 17 und 18 des Sozialistengesetzes enthalten unedle Metalle und Waren daraus, sowie Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge. — Die Linker haben an den Industriezölle kein Interesse und sind daher — mit Mitleid auf die Volksstimme — in punkto Industriezölle verständig. Es wird in dieser Beziehung der Linker mit dem Sozialisten gehen! —

— **Der Tuckerbrieß.** Der „Hamb. Korr.“ veröffentlicht eine Erklärung des Dr. Karl Peters, in der es heißt: Da ich selbst wegen Verjährung nach 5 Jahren eine Klage gegen Herrn Brossart v. Schellendorff, die ich durch den Rechtsanwalt Sello in Berlin eingeleitet hatte, nicht durchführen kann, bleibt als einziger Weg zur Aufklärung des Thalbestandes eine Klage gegen mich, wobei Herr Bebel als zwangseidlicher Zeuge vernommen werden kann. Ich würde bedauern, irgend jemand mit meinem Verdachte Unrecht zu thun; darf indes bemerken, daß ich in der Lage bin, bei einem öffentlichen Verfahren Thatsachen bekannt zu geben, welche, ganz abgesehen vom Tuckerbrieß, die Glaubwürdigkeit des Leutnants a. D. Brossart v. Schellendorff in Frage zu stellen geeignet sind. Nun hat Herr v. Schellendorff das Wort. —

— **Eine „besonders unsympathische Erscheinung“.** Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt:

Unter den alademisch gebildeten Parteigängern der Sozialdemokratie ist der ehemalige Pastor Paul Göhre eine besonders unsympathische Erscheinung.

Für den Genossen Göhre ist diese Bekleidung der „Kreuzztg.“ eine Ehre. —

— **Zäherliche Kassenfurcht.** Gegen die Zulassung der Männerklöster hat am Freitag in Karlsruhe eine große Protestversammlung getagt. —

— **Das neue braunschweigische Katholikengesetz** ist im Landtag des Herzogtums Braunschweig am 20. und 21. d. M. zur Verhandlung gekommen und im wesentlichen nach den Kommissionsvorschlägen angenommen worden. — Bei allen Mängeln bestreit es die Katholiken doch von den überflüssigen Kulturlampenbestimmungen, welche die katholischen Gottesdienste durch staatliche Vorschriften beeinträchtigen. —

## Schweiz.

### Volkabstimmung.

Am Sonntag, den 23. November, wurden die 730 000 stimmberechtigten Schweizerbürger wieder aufgeboten, zur Urne zu gehen, um über eine Neuerung der Bundesverfassung abzustimmen. Das Volk soll darüber entscheiden, ob der Bund das kantonale Volksschulwesen alljährlich mit 2 bis 3 Millionen Frank unterstützen soll oder nicht. — Hoffentlich hat das Schweizer-Volk sich für die Erhaltung der Volksschule entschieden. Nachrichten liegen noch nicht vor. —

## Spanien.

### Eine parlamentarisch gebilligte Brutalität.

Die Kammer lehnte am Freitag mit 161 gegen 118 Stimmen ein von allen Minderheitsparteien beantragtes Todesvotum gegen die Regierung ab. Vor der Abstimmung hatte der Republikaner Lebrón sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß in La Línea acht Arbeiter, die einen Soldaten getötet hatten, vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden seien, während ein Karabinier, der einen Arbeiter getötet hatte, straflos ausgegangen sei. —

**Kleine politische Nachrichten.** Bei den Stadtverordnetenwahlen in Posen wurden im ganzen 21 Deutsche und 5 Polen gewählt. Die Beteiligung auf beiden Seiten war eine außerordentlich rege. — Zum kommandierenden General des russischen Gardekorps ist an Stelle des Großfürsten Paul Alexanderowitsch von Russland Fürst Wissotski, und zum Generalgouverneur und Kommandierenden im Umurgebiet General Subaschisch ernannt worden. — In Buenos-Aires kam es zwischen ausständigen Arbeitern und der Polizei am Sonnabend zu einem Zusammenstoß, bei dem mehrere Personen verwundet wurden. Die Truppen sind in den Kasernen stationiert. — Die Regierung von Venezuela hat scharfen Protest gegen die Entzündung eines englischen Kriegsschiffes auf den Canales erhoben. — Bei den Landtagswahlen in den Städten Vorarlberg sind drei Deutsch-Österreicherische und zwei Christlich-Soziale gewählt worden. — Kardinal Ugozzoli-Pasella ist plötzlich in Rom gestorben. — Nach einem Telegramm aus Caracas hat sich der General Lorenzo Guevara bei Rio Chico mit 60 Mann ergeben. — Die rumänischen Kommetti sind auf den 25. d. M. zu einer ordentlichen Session einzuberufen worden. —

## Deutscher Reichstag.

(220. Sitzung.)

Berlin, 22. November 1902.

Am Bundesstaatlich: Niederding.

Auf der Tagessitzung steht die Interpellation der Sozialdemokratie wegen der in letzter Zeit sich häufenden Übergriffe von Polizei- und richterlichen Behörden und über die baldige Bekämpfung eines Strafvollzugsgesetzes.

Staatssekretär Niederding erklärt, daß er im Auftrage des Reichskanzlers die Interpellation beantworten werde.

Abg. Heine (Soz.) begründet die Interpellation. Angenommen ist es ja nicht, Jahr aus Jahr ein hier dieselben Blöhmaute zur Sprache zu bringen, aber in den letzten Monaten haben sich die polizeilichen Übergriffe so gehäuft, daß es pflichtvergessen wäre, darüber zu schwiegen. (Schr. richtig! bei den Sozialdemokratien.) Redner berichtet zunächst über ein paar kleinere Fälle, in denen die persönliche Freiheit durch willkürliche Verhaftung verletzt worden ist. So wurde am 12. November ein Bäcker in Bremen verhaftet, weil er in einer Volksversammlung Blöhmaute im Blättergewebe krüppelt hatte, obwohl der Kommissar ihn persönlich kannte, nur weil er zur Zeit arbeitslos war. Der Amtsrat legte den Verhafteten sofort in Freiheit.

In Karlsruhe wurde am 15. November ein Arbeiter, weil er eine Schläfe von 1 Meter nicht bezahlt habe, von vier Schläfern gejagt und mit zerrissenen Kleidern ins Gefängnis gebracht, sogar Kinder waren durch Eltern und Schwestern verhaftet. Der Verhaftete bezahlte dann die eine Mark und wurde wieder freigelassen. (Schr. richtig! bei den Sozialdemokratien.) Aus dem Richter werden eine Anzahl ähnlicher Fälle geschildert, so der Fall des Kaufmanns Sommer in Cöln, wo der mißhandelnde Polizei offenkundig zu einem kolossalen Gefängnis verurteilt werden muß. Das ist ja in solchen Fällen eine Karriere; niemals wird derjenige verurteilt, der mißhandelt ist. (Schr. richtig! bei den Sozialdemokratien.) Zwei polizeiliche Arbeitnehmer standen vor ihrem Hause auf der Straße. Ein Polizist forderte sie auf, weiter zu gehen. Die Leute gingen in den Hof ihres Hauses mit den Worten: Hier hat uns doch die Polizei nichts zu sagen. Daraufhin schlug der Polizist mit einem Gummischlange auf die Leute los, verlegte den einen schwer und führte sie ins Gefängnis. Die Arbeiter und nicht etwa der Polizist wurden dann angeklagt. Ein ähnlicher Fall hat sich in Marienburg zugestragen.

In Augsburg standen vor ihrem Hause auf der Straße. Ein Polizist forderte sie auf, weiter zu gehen. Die Leute gingen in den Hof ihres Hauses mit den Worten: Hier hat uns doch die Polizei nichts zu sagen. Daraufhin schlug der Polizist mit einem Gummischlange auf die Leute los, verlegte den einen schwer und führte sie ins Gefängnis. Die Arbeiter und nicht etwa der Polizist wurden dann angeklagt. Ein ähnlicher Fall hat sich in Marienburg zugestragen.

In einer Halberstädter Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß in Ochtersleben auf Veranlassung des Polizeipräsidenten die Arbeiten 24 Stunden ohne jede Mahnung gefesselt wurden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokratien.) Der Bürgermeister hatte das ausdrücklich so verlangt mit der Begründung: „Hier solche Schweinehunde hat die Stadt kein Geld!“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokratien.) Eine Reihe von Verhaftungen von Frauen hat in leichtem Maße geschahen gemacht. Redner erinnert an die Verhaftung der Frau von Deder in Wiesbaden und des Gehilfen Dr. Anita Kingsburg in Weimar, deren Verhaftung ebenso sinnlos war; nachher hat man allerhand dummes Zeug angeschafft, um die ungerechtfertigte Verhaftung zu beschuldigen. Noch toller liegt der Fall der Frau Stappaport in Altona, die ohne jeden hinreichenden Grund verhaftet, höchst schwer beledigt und als angeblich geschlechtskrank ins Krankenhaus gebracht wurde.

Ebenfalls in Braunschweig gemacht, der Fall des Herrn Lampke in Braunschweig gemacht, der verhaftet und mit Buchhändlern zusammen transportiert wurde, weil er in einer Privatbeleidigungslage den Termin versäumt hatte. In Kiel wurde im Oktober d. J. ein junges Mädchen, das mit seiner Mutter und anderen Leuten aus einer Gesellschaft kam, wegen rücksichtslosen Lärms fassiert. Das kann übrigens sehr leicht passieren. Ich kenne einen hochgeeherten Professor und Geheimrat, dem es so ging, weil er sich mit einem Kollegen nachts über eine wissenschaftliche Streitfrage etwas lebhaft unterhalten hat. (Große Heiterkeit!) Einige Tage später wurde dem jungen Mädchen mitgeteilt, es sei unter sitzenpolizeiliche Kontrolle gestellt und habe sofort eine von der Sittenpolizei genehmigte Wohnung zu nehmen. Das Mädchen klage nicht gegen die Verjährung, sondern nahm in Glashorn Dienst und hielt damit die Sache für erledigt. Dort wurde es auf Verlangen der Kieler Polizei verhaftet, nach Kiel gebracht und wie eine Prostituierte behandelt. Vom Gericht wurde das Mädchen freigesprochen, weil nicht das geringste vorlag. Redner schildert nun eingehend den Fall des Redakteurs Hoffmann in Kattowitz und hebt besonders hervor, daß der Beamte, der den Redakteur mit einem Buchhändler zusammenfesselte, erklärt hat: „Daran müssen Sie sich gewöhnen, das kann Ihnen noch älter passieren; ich kenne meine Vorschriften genau.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokratien.)

Wir haben an den Reichsantritt weiter die Frage gestellt, ob es dem Reichstage bald ein Strafvollzugsgesetz vorlegen werde. Zu dieser Frage liegt wieder neues Material vor. Wieder sind wegen geringfügigen Preßvergehen verurteilte Redakteure in rücksichtsloser Weise behandelt worden. In Erfurt wurde einem Redakteur die Selbstbeschäftigung, das Halten von Zeitungen und ein Strafausschub verweigert. Unser Genosse Dr. Quard in Frankfurt a. M. wurde die Selbstbeschäftigung zwar gewährt, aber mit dem Bemerkung, daß es das letzte Mal sei. Dabei ist vorgeschrieben, daß die Gefangenen in einer ihnen Verhältnissen entsprechenden Weise beschäftigt werden müssen. Wie lange sollen wir noch auf die Neuordnung des Strafvollzuges warten? Sollen unsere Freunde noch darüber diskutieren, ob nicht endlich in Deutschland im Strafvollzug den Grundsätzen der Gestaltung Eingang zu verschaffen sei. (Schr. richtig! links.) Die Bürokratie der Einzelstaaten, die die verbündeten Regierungen an der Spitze zieht, will aber nicht auf ein Wahlmittel verzichten, mit dem sie bisher nach diskretionärem Einschiffen jeden zweifeln konnten, so viel sie wollte. (Schr. wahr! bei den Sozialdemokratien.) Die gemeinsamen Grundsätze über den Strafvollzug, die von den verbündeten Regierungen aufgestellt worden sind, bedeuten für mehrere Bundesstaaten einen erheblichen Rücktritt, insowein sie die Selbstbeschäftigung und Selbstbeschäftigung der Gefangenen einschränken. Jetzt sind wir schon so weit, daß auf der Straße mit einem Buchhändler zusammengeleitet geführt zu werden, einen Mann in seiner Ehre nicht mehr berühren kann. (Schr. richtig! bei den Sozialdemokratien.) Ach! Sie die Gesetzestexte ist es eine Schmach, gesetzelt zu werden, sondern es ist eine Schmach für das System, das derartige Dinge zuläßt. (Schr. richtig! bei den Sozialdemokratien.) Herr Dr. Niederding wollte seiner Zeit den Ton festnageln, in dem ich über die Justiz gesprochen; habe ich nicht ein Recht dazu? Ihnen wir schon wieder derartige Brutalitäten beiprächen, lediglich weil die Beamtenchaft sich selbst und ihrer Willkür keine Zügel anlegen vermögen! (Schr. gut! bei den Sozialdemokratien.) Die Schmach fällt zurück auf die, die solche Dinge verteidigen, und dazu gehören auch die, die nicht die Kraft und nicht die Lust haben, hier energisch Wandel zu schaffen.

Schuld an den willkürlichen Verhaftungen und Mißhandlungen haben teilweise private Gezeuge. Sie enthalten zwar Kantaten gegen willkürliche Verhaftungen, aber die stehen nur auf dem Papier. In der Praxis liegt die Sache so, daß in 99 Prozent der Fälle die Polizei auf Grund ihres rein willkürlichen Gewissens mit der Behauptung, es liege Gefahr in der Verzwege, jemand verhaftet. Was die Ausnahme sein sollte, ist zur Regel geworden. (Schr. richtig! links.) In Braunschweig füllt sich die Polizei nicht auf ein Gesetz aus dem Jahre 1850, das den schönen Namen führt: „Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit.“ (Große Heiterkeit links.) Darnach hat sie das Recht, Personen festzuhalten, wenn dies zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit oder im Interesse der Art. Personen dringend notwendig ist.“ Die Polizei verhaftet dann auch bloß dings darauf los. Vor 30 Jahren passierte einem Reichsstaat vorordneten folgendes. In seinem Heimatort wurde ein Brandstifter gefangen, dessen Signalement lautete: graue Haare und braue Augen. Der Polizist aber verhaftete den Aberglaubten, der graue Haare und einen grauen Anzug hatte. (Große Heiterkeit.) Er wurde, graue Haare und graue Haare beisammen, und als ein Vorgericht ihm Vorwürfe machte, erklärte er: Na, ich konnte keinen anderen finden. (Große Heiterkeit.) Bei dem Bildungsstande der Polizisten, die aus den Unterbezirken genommen werden, kann man sich über solche Dinge nicht wundern. Auch unsere Richter scheitern viel zu leicht zu Verhören; die Richter werden meist ganz mechanisch erledigt. So gehe beim Hammersonprozeß den Unterdienst mit der Verhaftung irreversibel durch, aber sie erlaubt, weil hohe Einflüsse es so wollen. Ein Gericht, das hohe Einflüsse nachgiebt, verlegt damit seine Pflicht.

Ein besondere Rolle bei den Verhaftungen spielt der Fluchtverdacht. In Ratiopharm wurde der Fluchtverdacht einmal dann begründet, daß die Grenze so nahe sei. Darach sind alle Oberleutner fluchtverdächtig. (Heiterkeit.) Bei einer Verhaftung wegen Fluchtverdachts darf der Verhaftete mit seinem Verteidiger frei verhandeln. Ja einem mit bekannten Gezeuge wurde dem Verteidiger trotzdem eine Unterredung mit dem Verhafteten vom Untersuchungsrichter verboten. Als der Richter auf die entgegengesetzte Behauptung des Gezeitens aufmerksam gemacht wurde, verübte er eine durchaus ärztliche Kritik und verhängte die Unterredungshaft jetzt auch wegen Gefahr der Verbindung. Die Verhaftungshaft schützte Reinhard, aber wie oft unterläßt der Angeklagte des Zeiterlustes wegen der Schwerde. (Schr. richtig! bei den Sozialdemokratien.) Die Unterredungshaft wird vom Publikum oft wie eine beabsichtigte Schikane angesehen. (Schr. richtig! bei den Sozialdemokratien.) Wir dürfen uns erhaben über das Zeitalter der Goiter. Hoffentlich ist die Zeit bald überwunden, wo Leute, die es noch einer Streitheit überzeugt werden sollen, ohne Zweck und Sinn der Folter der Untersuchungshaft unterworfen werden. Wird einmal jemand aus den sog. besseren Städten zu Arrest verhaftet, so schlägt die Presse darum, wie im Fall Lampke. Arbeitern, Handwerkern und politischen Gegnern der Regierung wird eine ähnliche Behandlung gesuchtsmäßig zugänglich sein. (Schr. richtig! bei den Sozialdemokratien.)

In vielen Polizeiverwaltungen werden Mißhandlungen gewohntlich verübt. So hat Städtebau in einem Prozeß 30—40 Mißhandlungen auf Berliner Polizeiautos festgestellt. Der Fall Breidenbach ist noch nicht verlegt, da erneut ist der Fall Hoffmann, in dem besonders schlecht in der brutalen Hahn, der widerwärtige Amtsdiener und die unerhörte Drohung mit weiteren Mißhandlungen der Konservativen. Ein Gericht, das die Amtsgewalt mißachtet, ist wie ein Rovin die Bedrohung. (Schr. richtig! bei den Sozialdemokratien.)

Daß diese Entartung des Beamtenums so häufig in die Erziehung tritt, liegt zum Teil an äußeren Gegebenheiten, zum Teil auf ihrer Handhabung durch die Gerichte. Das Rechtsgefühl des Volkes wird besonders durch die Auslegung des Begriffs des Widerstandes gegen die Staatsgewalt aufs tiefste verlegt. Nach dem Wortlaut des Strafgesetzes ist die rechtmäßige Ausübung des Amtes die wohldienende Voraussetzung für das Vergehen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Der Beamte bekommt aber nach der Jurisdiktion des Reichsgerichts auch dann recht, wenn er sich nicht in rechtmäßiger Ausübung des Amtes befindet und man schützt gut, sich jeder Rechtswidrigkeit zu unterwerfen und dann den Beschwerdeweg zu beschließen, wenn man dabei auch Gefahr läuft, wochenlang mit Ungeziefer unter Gesindel in dreckigen Höhlen zu bringen müssen. (Schr. wahr! links.) Eine weitere Ursache liegt in dem schwächlichen Auftreten der Verwaltungs- und Justizbehörden gegenüber den Beamtenabschreitungen. Wird einmal ein Beamter verurteilt, dann sehen seine Vorgesetzten sicher die Begründung durch. Dazu kommt der Mangel an Achtung der persönlichen Freiheit bei uns. Auf alle, die solche Missbräuche schweigen, sollte die Schande zurück. (Schr. richtig! bei den Sozialdemokratien.) Wir haben mit der Interpellation die Ehre unseres Volkes wahrt wollen. Ewig kann es ja nicht bleiben. Schließlich wird die allgemeine Entartung doch einmal so stark, daß sie gründlich aufzuhören mit dem ganzen System der bürokratischen Willkür. (Schr. richtig! Bravo! bei den Sozialdemokratien.)

Staatssekretär Niederding: Selbstredend verurteilt der Herr Reichskanzler jeden Missgriff, ob klein, ob groß, ob von Gerichts- oder Verwaltungsbehörden, ob von höheren oder niederen Beamten, ob an Männern oder Frauen begangen. Ein jedes derartiges Verhalten schädigt die Staatsautorität, ohne der Rechtspflege zu dienen. (Schr. wahr! bei den Sozialdemokratien.) Die Beamten können sicher sein, gegen Verleumdungen aller Art in Schuh genommen zu werden; daher kann auch von ihnen verlangt werden, daß sie stets geistlich und suprapartisch, mit Takt und Humanität bei der Behandlung der Gefangenen vorgehen. Der Reichskanzler erwartet, daß die Beamten sich stets gegenwärtig halten, daß die persönliche Freiheit eines der höchsten Güter der Staatsbürger ist; er ist überzeugt, in dieser seiner Ansicht mit allen verbündeten Regierungen einverstanden, und wird in seiner Eigenschaft als Präsident des preußischen Ministeriums in Gemeinschaft mit den Ressortministern die nötigen Schritte thun, um die genannten Gesichtspunkte speziell in Preußen zur Geltung zu bringen.

Ich persönlich leugne durchaus nicht, daß Verfehlungen vorgenommen sind, die übrigens an und für sich nicht vor das Forum des Reichstags gehören. Im Falle des Beuthener Redakteurs leugne ich nicht, daß die vorgenommene Fesselung vorsätzlich ist. (Hört, hört! links.) Auch in einigen anderen der vorgebrachten Fälle liegen Gesetzesverstöße vor. Manche Fälle, die erwähnt worden sind, leume ich nicht. Das eine darf nicht verantworten, daß die Presse zwar nicht ohne gewisse Wohlgesonnenen die Fälle selbst erörtert, vor der Ablösung aber, die stets und unter allen Umständen erfolgt (Schr. gut! rechts), meist keine Notiz nimmt.

Im Falle Lampke liegt die Sache beträchtlich anders, als es der betreffende Herr dargestellt hat. Es handelt sich nicht um eine Privat-, sondern um eine öffentliche Sache, die Verhaftung ist keineswegs gleich bei der ersten Verurteilung erfolgt; die Entschuldigungen, die der Herr vorbrachte, waren sehr merkwürdig; u. a. schrieb er, er habe sich bei einem Falle sein Kleid zerissen. (Heiterkeit.) Erst nach mehreren Versuchen des Angetragten, sich der Gerichtsbarkeit zu entziehen, hat das Gericht von seinem Recht der Verhaftung Gebrauch gemacht. Diese Verhaftung ist als berechtigt anzusehen. (Schr. richtig! rechts.)

Vor die Frage in Nr. 1 der Interpellation, was der Reichskanzler gegenüber solchen Fällen zu thun gedachte, habe ich kurz zu erklären, daß er innerhalb der Grenzen seiner reichsverfassungsmäßigen Befugnisse Regierungen und Behörden zu rechtfestigen pflegt, daß er aber die ihm gezeigten Grenzen unter keinen Umständen zu überstreiten gedacht. Die innere Polizeiverwaltung fällt nicht unter die Kompetenz des Reiches; Verfehlungen gegen Missgriffe der Polizei können an die Landtage der Einzelstaaten zu richten. Die preußischen Minister des Innern und der Justiz werden die erste Gelegenheit benutzen, sich über alle hier erwähnten Fälle ohne jede Verschleierung anzusprechen.

Gegenüber Beschwerden betrifft Verhaftungen auf Grund richterlicher Entscheidungen kann der Reichskanzler nichts sagen und nichts thun. Die Gerichte sind unabhängig von allen Eingriffen der Verwaltung, auch des Reichskanzlers.

Im zweiten Teil der Interpellation wird eine Frage gestellt, die uns bereits im Frühjahr bei der Beratung des Justizrats beschäftigt hat. Damals habe ich bereits ausgeführt, daß der gegenwärtige Zeitpunkt zur Durchführung eines Strafvollzugsgesetzes nicht geeignet ist.

Auf Antrag Singer (Soz.) erfolgt die Befreiung der Interpellation.

Abg. Wassermann (natl.): Ich halte die sozialdemokratische Interpellation für begründet. Missgriffe sind unzweifelhaft vorgekommen, wenn sich auch das ganze Material nicht nachprüfen läßt. In der ganzen Presse hat nur eine Stimme der Missbilligung geherrscht. Die höheren Beamten müßten auf die untreuen Beamten erzieherisch einwirken, wie das in der Armee seitens der oberen Offiziere zu geschehen pflegt. Der Fall Hoffmann ist in der That unrechtfertigt. (Schr. richtig! links.) Herr Niederding hat sich große Verdienste um unsere Rechtspflege erworben; möge er jetzt auch das Verdienst sich erwerben, das alte Versprechen einzulösen und ein Gesetz über den Strafvollzug vorlegen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Gründer (Ctr.): Es ist zu begreifen, daß die Presse sich mit Missständen auf diesem Gebiete beschäftigt. Ich möchte mich nicht mit Herrn Wassermann auf eine reichsgesetzliche Reform des Strafvollzugs vertrösten lassen. Schon heute kann ohne einen Preisigkeitsfestgelegt werden, in welchen Fällen sich Strafgefangene selbst befreien können. (Bravo! im Centrum.) Abg. Lenzenmann (Frei. Bvt.): Mit der sozialdemokratischen Interpellation bin ich durchaus einverstanden, wenn mir auch die Zusammenstellung gerichtlicher und polizeilicher Missgriffe nicht gefällt — sie war allerdings nötig, um eine Beantwortung der Interpellation zu ermöglichen. Bei den Gerichten selbst ist es schwer zwischen gewissermaßen guten, wertlichen und minderwertigen Richter zu unterscheiden. (Schr. wahr! links.) Die Ursachen der polizeilichen Übergriffe liegen vor allem in der mangelsaftigen Vorbildung der Polizeibeamten. Hier machen sich die Schäden des Militarismus bemerkbar. Einen ganz unseligen Einfluß hat die Ausübung des Vergnügungsrechts in solchen Fällen. Ein Klient von mir wurde wegen Mordes zum Tode verurteilt. Als ich einen höheren richterlichen Beamten nach der Aussicht einer Begnadigung fragte, wurde mir erwidert: „Ja, wenn es ein Schuhmann wäre, der drei Monate Gefängnis bekommen hat.“ (Hört, hört! links.) Sind das Rechtszünfte, durch welche der Rechtspfleger vor den Gesetzen gefördert werden kann? (Hört, hört! links.) Das beste Mittel zur Beseitigung der Übergriffe bei Verhaftungen wäre die Einschärfung der Entschädigung für unzulässig erlittene Untersuchungshaft. (Schr.

## Stadtverordneten-Wähler!

Parteigenossen! Einen letzten Appell richten wir an Euch; macht für die kommenden Tage alle Freunde und Bekannten mobil, agiert, daß zur Stichwahl die Säumigen, die bei der Hauptwahl fehlten, erscheinen.

Wir können uns auf keine Hilfe aus bürgerlichen Kreisen verlassen! Wenn aber jeder wahlberechtigte Arbeiter zum Wahltag geht, dann ist uns der Sieg sicher. Kein Unternehmer wird es wagen, einen Arbeiter zu masregeln, weil er für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hat. Noch ist der Wahlrechtsraub nicht gerächt. Sorgt, daß die Tage von Mittwoch bis Freitag Tage der Rache werden! Wählt

auf 6 Jahre:

Gastwirt **Karl Lankau**  
Buchdrucker **Franz Bethge**  
Gastwirt **Wilhelm Lackenmacher**  
Restaurateur **Gustav Böhme**

auf 2 Jahre: Bürobeamten **Ferdinand Bender**.

Die Wahl findet statt am Mittwoch, den 26., Donnerstag, den 27., und Freitag, den 28. November d. J., von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr in Richardts Restaurant, großer Saal, 1 Treppe, Eingang Ratskessprung 8 bezieh. Apfelstraße 9.

Den Wahlberechtigten wird eine besondere schriftliche Einladung zu dieser Wahl nicht zugestellt. Es sind deshalb die zur ersten Wahl übermittelten Einladungen mitzubringen. Wer eine solche nicht erhalten oder dieselbe inzwischen verloren hat, bringe eine Steuerquittung oder ein anderes Legitimationspapier zur Wahl mit.

### Zum Kapitel des Bauschwindels.

erlaubt sich Herr Leopold Mohs sen. in Groß-Ottersleben uns in einem Artikel in der „Ottersl. Blg.“ noch neues Material zu liefern. Unser sachlicher Artikel über den Meinecke-Oppenheimerischen Fall, der sich vor dem Gewerbegericht in Magdeburg abgespielt hat, hat dem Vermittler zwischen dem klugen Banquier Oppenheimer und gewissen völlig mittellosen „Bauherren“ natürlich keine Freude bereitet. Selbstverständlich stellt das Otterslebener Blättlein dem Baumakler seinen Raum mit Vergnügen zur Verfügung.

Vermittler Mohs gibt im wesentlichen den Thalbestand zu, wie er gewesen ist. Der naive Herr findet eben nichts dabei, wenn arme Arbeiter und Bauhandwerker ihren kargen Lohn nicht erhalten. Raib erzählte uns Herr Mohs, es sei „kein“ Scheinkauf gewesen, daß Herr „Bauherr“ Meinecke sich von der Bankfirma Meyer Oppenheimer eine Baustelle kaufte und obendrein noch 45 000 Mark Baumgeld leih. Dieser Meinecke hat zwar nur 200 Mark Vermögen, aber das hindert ihn nicht, ein Grundstück zu „kaufen“ und Bauten zu „unternehmen“.

Pikant ist folgende Bemerkung in dem drastischen Artikel des Herrn Mohs, der kein Mohs hat:

„Ich habe früher öfter Bauverträge mit Herrn Banquier Jäsch geschlossen ohne Rechtsanwalt und Notar, diese hatten auch

ihre Gültigkeit, auch erhielt ich damals nur ½ soviel Baumgeld als die Herren Oppenheimer zahlen — aber die Verhältnisse waren andere.

Herr Mohs sollte wissen, daß zu der Zeit, da er mit dem jetzigen Stadtrat Jäsch Verträge schloß, wenn auch nicht die moralischen, so doch die juristischen Begriffe andere waren, wie heute; damals gab es noch kein Gewerbegericht in Magdeburg.

Sehr tief blicken läßt folgende Stelle in dem Geschreibsel des Herrn Mohs:

Als sich nun während der Klage Meinecke und Rosenplenter einigten, schrieben sowohl mir als auch Meinecke die Herren Oppenheimer von Hannover, daß sie gewillt seien, Meinecke sofort alles erforderliche Geld zur Auszahlung seiner Leute zu senden, falls dieselben die Klage gegen sie selbst anzuziehen würden. Da jeder weiß, daß Oppenheims alles peinlich streng halten, was sie schriftlich geben, so sehten wir uns mit dem Bevollmächtigten Maurer Bedau in Verbindung, ließen ihn auch selbst diesen Brief lesen, wogegen Bedau sich auf eine Zurückziehung der Klage nicht einließ. Ich riet nun Oppenheimer, dem Meinecke 1000 Mark doch zu senden — hierauf erklärten sie, diese Blöße könnten sie sich vor Entscheidung der Klage nicht geben — es sollte nun verbleiben bis zur Entscheidung, es sei ja auch nicht denkbar, daß sie als Arbeitgeber angesehen und verurteilt werden könnten, indem es kam anders.

Daraus ersieht man, daß die interessanten Bauquiers im einzelnen Fall schließlich den Lohn für die betroffenen Arbeiter bezahlt hätten, wenn sie damit eine prinzipielle Entscheidung hätten verbünden können. Das Urteil des Gewerbegerichts hat es den aufstellenden Bankfirma dauernd unmöglich gemacht, dergleichen Machenschaften zu wiederholen.

Wir verstehen den Gross des Herrn Mohs, der nun mehr keine Gelegenheit mehr haben wird, unbemittelte Bauherren gegen 1 Prozent ausfindig zu machen. Hoffentlich findet der Herr einen anderen Beruf. Soviel haben wir als Redaktion Herrn Mohs zu erwidern. Im übrigen wird in kurzen noch der Centralverband der Männer zu der Angelegenheit Stellung nehmen. —

### Provinz und Umgegend.

Ovenstedt, 24. November. (Erklärung) In Nr. 267 der „Volksstimme“ vom Freitag, den 24. November, brachten wir unter Provinz und Umgegend einen Versammlungsbericht der Holzarbeiter aus Ovenstedt, worin gesagt wurde, Herr Tischlermeister Heimke wollte keine Verbandsmitglieder mehr beschäftigen. Herr Heimke teilt uns mit, daß er einen derartigen Ausspruch nicht gehabt hat. —

### Feuilleton.

Nachdruck verboten.

### Arbeiter.

Roman von Alexander Kielland.

Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarauw.  
(47. Fortsetzung.)

Aus einer Reihe von Männern und Frauen mit Kindern in neuen Frieskleidern trat ein langer hagerer Mensch in einem Sommeranzug und bunt gestreiftem Hemde.

„Guten Morgen, Johann! Schon so früh auf — kennst Du mich nicht mehr?“

Johann erkannte ihn sofort; es war ein alter Schulfreund von ihm, den er in vielen Jahren nicht gesehen hatte.

„Wo bist Du so lange gewesen?“ fragte Johann.

„In Amerika, meine Junge!“ erwiderte der andere in flottem Ton: „Auswandereragent — prächtiges Geschäft, aber höllisch viel um die Ohren! Hier bin ich nun mal ganz festgeraten. Sieh mal her! Auf den Bildern, welche diese Leute gekauft haben, steht: ein norwegischer Arzt reist mit; und nun macht der Kerl, den ich engagiert hatte, mir Geschichten. Aber, Du bist ja Doktor, Johann! Come along! Gute Bedingungen — hör' nur!“

Der Agent entwickelte mit außerordentlicher Zungenfertigkeit alle dem Arzt gebotenen Vorteile, und während er sprach, kam ihm seine eigene Idee so vortrefflich vor, daß er seine Rede mit den Worten schloß: „Also abgemacht, das Geschäft ist in Ordnung! Seht Leute, hier ist der neue Doktor!“

Johann mußte über seinen Freund lächeln, aber er antwortete weder ja noch nein. Alles wohlerwogen, war es gewiß das Klügste, was er thun konnte.

Es war gegen sieben Uhr. Er versprach später näheren Bescheid zu bringen und begab sich nach dem Hause seines Vaters.

Nun begann es sich auch in den feineren Stadtteilen zu regen. Die Läden wurden gefegt und die Spiegelscheiben abgerissen. Einige brave Bürger in der Karl-Johannstraße

steckten Flaggenstangen durch die Dachfenster, denn man erwartete an diesem Tage die Ankunft des Königs.

„Wer ist da?“ rief die Frau Minister, als Johann an die Schlafstübentür klopfte.

„Ich bin es — Johann, ich muß mit Vater sprechen.“

„Nein, nein, Johann, Du darfst nicht hereinkommen.“ Er drückte aber doch die Tür auf.

„Aber ich bitte Dich, Johann!“ rief seine Mutter erzürnt und trat hinter die Bettvorhänge; sie war im Negligee; der Minister aber lag noch im Bett.

„Ich bitte um Entschuldigung — aber ich habe mit Euch zu sprechen.“ Sein Herz klopfte so heftig, daß er kaum die Worte herausbringen konnte. „Ich komme, um Dich zu fragen, Vater, ob Du oder Mutter etwas von Mohs Krankheit wußtest, als er sich mit Christine verheiratete?“

Nach einer kleinen Pause begann der Minister: „Ich finde Dein Verhältnis im höchsten Grade unpassend —“

„Antworte nie — antworte mir!“ rief Johann.

Der Minister bemühte sich im Bett auf und versuchte den Sohn imponierend anzusehen. Das wollte ihm aber im Nachthemde und mit dem witt umherhängenden dünnen grauen Haar nicht gelingen. Wäre er in seinem vollen Glanz gewesen, so hätte er vielleicht die Situation noch retten können; wie er aber so im Bett daßt, ein ganz gewöhnlicher unrasierter älterer Herr, fiel plötzlich der ungeheure Respekt des Sohnes zusammen wie ein Kartenturm,

und mit einer Kälte, vor der er selber fast erschrak, sagte er: „Vater, Vater, ich habe dich in Dir geirrt!“

Aber nun gewann die Frau Minister ihre Geistesgegenwart wieder: „Wirst Du wohl höflich gegen Deinen Vater sein, Johann — hör' mich einen Augenblick vernünftig an. Als Arzt weißt Du selbst am besten, daß man von einer solchen Krankheit, auf die Du ansprichst, nicht spricht —“

„Das ist eben das Verderbliche, daß man glaubt, nicht davon sprechen zu können,“ fuhr der Sohn auf. „O, Du weißt nicht, was Du gethan hast, Mutter!“

„Was ich gethan habe, bist Du von Sinnen, Junge?“ rief die Staatsräerin aufgebracht. Sie konnte es durchaus

nicht fassen, daß es Johann, der Tölpel sei, der hier das Richteramt ausübt.

„Absehend!“ sagte ihr Gatte vorsichtig vom Bett her. „Aber Johann führt ganz ruhig fort; nachdem er Gewißheit erlangt hatte, fühlte er sich fast wie vernichtet: „Doch Ihr mich daran hindern wolltet, sie zu bekommen, das begreife ich und hätte ich Euch vielleicht vergeben können; aber daß Ihr sie so verderben ließet — o, Ihr wißt nicht, was das Mädchen wert war und wieviel sie gelitten. Jetzt ist sie tot und ich reise heute abend ab. — Lebt wohl!“

„Wohin?“ fragte die Mutter.

„Nach Amerika,“ antwortete Johann, indem er hinausging.

„Nach Amerika! Das geht durchaus nicht an! Daniel!“ rief die Frau Minister.

Hilda kam halb angezogen ihrem Bruder nachgelaufen; sie hatte in ihrem Schlafzimmers alles mit angehört.

„Johann, Johann!“ rief sie, „ist es wirklich wahr, daß Du wieder wegreisest?“

„Ja, Hilda, jetzt reise ich für immer nach — nach Amerika. Es thut mir Deinem wegen leid, Du Arme, Du bist dann wieder ganz allein —“ und er drückte sie an seine Brust.

„Ach, ach,“ schluchzte Hilda, „kannst Du mich denn nicht mitnehmen?“

Sie sagte das, ohne weiter etwas dabei zu denken; aber ihr Bruder erfaßte es sogleich, und als Hilda dagegen einwendete, daß die Mutter es nie zugeben werde, erwiderte er hart: „Ach, es sind ja nur die beiden Mitglieder, die fortziehen. Überdies fragen wir nicht länger um Erlaubnis. Komm mit mir und hilf mir, bis Du etwas Besseres findest.“

„Aber, lieber Johann, ist es wirklich Dein Ernst?“

„Weshalb nicht? Was soll hier zu Hause aus Dir werden. Heiraten wirst Du schwerlich — bitte um Entschuldigung, daß ich's gerade heraus sage — und zum Arbeiten bist Du zu sein. Du bist für Amerika wie geschaffen.“

(Fortsetzung folgt.)





zürnt und betradtete die Tribünen, wo die Damen mit ängstlicher Miene zurückwichen.

„Das ist ein Skandal, meine Herren!“ fragte er . . .

Nach eingetretener Stille führt er laut im beißenden Ton der Aufführung fort:

„Ich will nicht einen zweiten Ordnungsruf aussprechen. Ich sage nur, daß es wahrhaft standalös ist, auf diese Tribüne Drohungen zu tragen, welche dieselbe entehren.“

Eine dreifache Applauswalze dankte für die Worte des Präsidenten. Man schrie Bravo und die Papiermeister arbeiteten wieder, diesmal aber, um die Zustimmung zum Auftakt zu bringen. Der Redner der Linken wollte antworten, doch seine Freunde hinderten ihn daran. Der tumult legte sich allmählich und verlor sich in dem Geräusch der Privatgepräche.

Ein fröhlicher Schauer durchzog die Versammlung, ein Ah befriedigter Neugierde, welche einer eindächtigen Aufmerksamkeit Platz machte. Augen war mit seinen runden Schultern schwerfällig auf die Tribüne gestiegen. Anfänglich warf er seinen Blick in den Saal. Er legte einen Pack Notizblätter vor sich hin, saß das Glas Zuckerpulpa beiseite und sagte überall mit den Händen hin, gleichfalls wie um Halt von dem engen Kugbaumfichten zu ergreifen. Endlich hob er, hinten abgelehnt an das Bureau, den Kopf. Er war nicht gealtert. Seine vieräugige Stirn, seine große, wohlgesetzte Nase, seine breiten Backen ohne Falten hatten eine rosig angehauchte Blässe, den frischen Teint eines kleinstädtischen Rotars behalten. Nur seine ergrauenden, sonst dichten Haare lüfteten sich an den Schläfen und ließen seine großen Ohren frei. Mit halbgeschlossenen Augen warf er einen Blick auf den Saal und wartete noch immer. Einen Augenblick schien er mit den Augen umherzusehen, begegnete dem aufmerksam vorgebeugten Gesicht Glorinden und fand darin mit ihmreiflicher und wechsiger Stimme an:

„Auch wir sind Revolutionäre, wenn man darunter Männer des Fortschritts versteht, die entschlossen sind, dem Lande alle vernünftigen Freiheiten, eine nach der anderen, zu schaffen.“

„Schei' gut! Schei' gut!“

„Zeigt mir! Zeigt mir!“  
„Meine Herren! Welche Regierung hat jemals mehr als daß Kaiserreich die liberalen Formen verwirklicht, deren periodisches Programm Sie soeben haben entwerfen hören? Ich werde die Ausführungen des geehrten Herrn Vorredners nicht befürchten. Es wird mir genügen, wenn ich den Beweis führe, daß das Genie und das große Herz des Kaisers den Forderungen der erbitterlichsten Gegner seiner Herrlichkeit zugestimmt ist. So, meine Herren, der Kaiser hat aus eigenem Entschluß der Nation jene Wacht zurückergeben, womit sie ihn am Tage der allgemeinen Gefahr bekleidet hatte. Welch herrliches Schauspiel, so selten in der Weltgeschichte! Gewiß, wir begreifen wohl den Anger gewisser Nationaldemokraten. Es heißt ihnen nur übrig, die Abfälle des kleinen

beginnigte er füry, in den daß himmelszufuern:  
"Gretauden die, meine geerten, erlauden die . . ."  
"Er ergriffte endlich eine berühmtheitliche gitte.  
"Was fürchte den frechen auf," sagte er, "was sonst näher zu es-  
tilaren, das er soeben ausgesprochen hat."  
Der freude war neigte füry dor, füry auf den stand der zribine  
und tapferholte leimen daß mit einer eignenflintigen, bestattigenben ge-  
meinung daß erne.

„Guter bon Chrästn“, da er aufgerichtet war feinem gräulichenenfittige stand,  
die Sände an der Wände, lantete ununterbroden; es war wie ein Gitter-  
Lauzen im mittleren eimes Christus. Eine Höhe, Blaffe Gefallt beiahrte soll.  
Zommeine Gallertluttigheit. Er hielt einen Augenblick im Zäutzen inne, sog  
zurück leine Zähne und schrie, eine fette und helle Lachung, die sie alle  
Leriles, ließ sich auf dem Boden, eine Stunde lang, das lachende Kind, das  
Tunnen die Zähne feiner feinen Zähnen. Als die Zeit ammen wä dämftein,

"Das ist die einzige Wahrheit! Das ist die unerträgliche!" "Hier soll das Worst unterdrückt werden!"

Die Zärtlichkeit war aufdringlich, die Zärtlichkeit war unheimlich. Sie sah sie mit den Augen eines Kindes, das einen Schrecken hat.

"Gute Freunde! Gute Freunde!" riefen die Kinder und lachten.  
"Gute Freunde! Gute Freunde!" riefen die Eltern.  
"Gute Freunde! Gute Freunde!" riefen die Lehrer.  
"Gute Freunde! Gute Freunde!" riefen alle.

aus „Kunstgewerbeschule“, mit goldenen Sternen besetzt. Stern von Kombelet, mit kleinen weißen Sternen und einem kleinen Sternettschmuck versehen. „Sur le devant“.

— 307 —

„Ich habe gesagt, daß der zweite Dezember ein Verbrechen war...“ Er konnte nicht weiter sprechen. Der Sturm brach von neuem. Ein Abgeordneter, rot vor Zorn, schalt ihn einen Mörder, ein anderer schleuderte ihm ein so schwere, unslätige Beschimpfung zu, daß die Stenographen lächelten und sich hüteten das Wort niederzuschreiben. Flüsterrufe freutzen sich, erstickten einander. Doch hörte man die Flötenme des Herrn Mouquette heraus, der wiederholte rief:

„Er schmäht den Kaiser! er schmäht Frankreich!“  
Sarr von Werin machte eine mißdienliche Meinung

Herr von Warth machte eine würdevolle Bewegung.  
Er setzte sich und sagte:

„Ich rufe den Predner an.“

„Ja“ rufe den Siebenet gut Begeisterung.  
Durch den Saal ging eine anhaltende

... der, den Gott gießt eine anhaltende Bewegung. Das war nun mehr das eingeschläferte Corps legislatif, welches fünf Jahre früher einen Kredit von viermalhunderttausend Frank für die Taufe des Kaiserlichen Prinzen bewilligt hatte. Auf einer Bank zur Linken beklatschten vier Abgeordnete das Wort, welches ihr Kollege von der Tribüne herabgeschleudert hatte. Es waren nunmehr ihrer fünf, um das Kaiserreich zu beschützen. Sie rüttelten und schlüttelten fortwährend daran, verlengten es, verjagten ihm ihre Stimme, mit einer Hartnäckigkeit des Protests, deren Folge nach und nach das ganze Land erheben mußte. Diese Abgeordneten standen da, eine verschwindend kleine Gruppe, verloren inmitten einer erdrückenden Majorität; ohne jede Entmutigung, unentwegt und eifrig in ihren Nachgegelisten hielten sie den Drohungen, den vorgestreckten Fäusten, der geräuschvollen Pression der Kammer stand.

Der ganze Saal selbst schien verändert, er hallte wieder und erzitterte von diesen Fieberschauern. Die Rednertribüne war am Fusze des Bureaus wieder hergestellt. Die Säalte der Marmorwände, die prunkvolle Anordnung der Säulen in der halbrunden Galerie erwärmen sich an den glühenden Worten der Redner. Auf den roten Sammet der terrassenförmig aufsteigenden Bankreihen fiel die Sonne mit vollem Glanz durch das Oberlicht und schien Feuerbrände im Gewitter der großen Sitzungen entzünden zu wollen. Das monumental ausgeführte Bureau des Präsidenten mit seinem ernsten Getäfel belebte sich durch die ironischen und dreisten Bemerkungen des Herrn von Marsh, dessen, die dünne Figur des erschöpften Lebemannes bedeckender, hoch moderner Leibrock gleich einer armseligen Linie die antiken, hinter seinem Rücken angebrachten Halbgötter des Basreliefs unterbrach. Nur die allegorischen Statuen der öffentlichen Ordnung und der Freiheit in ihren Nischen zwischen je ihren Säulenpaaren, behielten die toten Gesichter und hohlen Augen ihrer steinernen Gottheit. Was aber hauptsächlich den Hauch des Lebens hierher brachte, das war das viel zahlreicher als früher erschienene Publikum, das sich gespannt vorbeugte und mit aller Leidenschaft den Debatten folgte. Der zweite Tribünenrang hatte sich wieder gesetzt. Die Journalisten hatten ihre besondere Tribüne. Ganz oben, am Rande des goldüberladenen Starnieses, streckten sich Klopse auf langen Stühlen nach oben ein. Ein Kaffeestückchen, ein Wasser und zum Zeit zu Zeit

nicht dieselbe Bedeutung zu messen, wie der Abg. Heine. Ich möchte hier doch auf einige milde Umstände für die Polizeibeamten plädieren. Die männlich-weibliche Reformkleidung — ich gehöre nicht zu ihren Verehrern (Heiterkeit) — bringt ihre Trägerinnen in die permanente Gefahr, für Männer gehalten zu werden. Die Verhaftung der Anita Augspurg scheint lediglich den Wünschen dieses hochverehrten Fräuleins selbst entsprochen zu haben. (Große Heiterkeit.)

Dass dem Falle Bredenbeck, über den ich hier im Namen meiner Partei meine Empörung ausgesprochen habe, so schien im Fall Hoffmann „nachfolger entstanden ist, geht mir über die Kugelhülle (Hört, hört links), und ich möchte nochmals die Regierung dringend um Verhinderung derartiger Fälle ersuchen. Dagegen dürfte die Behandlung politischer Redakteure im Gefängnis nicht ganz so schlimm sein, wie sie oft gemacht wird. Ich persönlich habe keine Erfahrungen auf diesem Gebiete gesammelt und hoffe auch unter Paul I. (Stürmische Heiterkeit) keine solchen zu sammeln; habe aber in den „Sozialistischen Monatsheften“, deren eifriger Leser ich bin, gelesen, — es stand in einem hübschen Artikel des Herrn Auer — dass dem Kollegen Weibel eine zweijährige Gefängnisstrafe Erholung und Ruhe und Stärkung für künftige Fälle gewährt habe. (Große Heiterkeit.) Polizeiliche Mißgriffe werden sich nie ganz vermeiden lassen. Stets aber müssen es sich die oberen Wehörsen zur Pflicht machen, mit Klassifikationen zur Hand zu sein. (Weißfall rechts.)

Abg. Schröder (Freie. Bgg.): Ich bedaure nur, dass der Herr Reichsanzler nicht selbst zu den heutigen Verhandlungen erschienen ist. (Sehr richtig links.) Mit Worten ist uns nicht geholfen; hier können nur Thaten helfen. — Herr Oertel erzählte uns, dass er selbst keine Gefangenserfahrungen gesammelt habe. Wenn der Bund der Landwirte fortfährt, Opposition zu machen, so kann er vielleicht doch noch zu Erfahrungen auf diesem Gebiete kommen. (Heiterkeit.) In den kleinen Gefangenissen herrschen schlimme Zustände, die dringend nach Remedien verlangen. Wir bitten den Reichsanzler dringend, seine heutigen Versprechungen wahr zu machen. (Weißfall links.)

Abg. v. Gazzalinski (Pole) erklärt, sich jetzt nicht äußern zu wollen, da seine Fraktion eine besondere Interpellation ein-

bringen werde.

Abg. Weibel (Soz.): Die Parteien des Hauses von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, die Presse von der „Kreuzzeitung“ bis zum „Vorwärts“ haben einmütig die politischen Mißgriffe verurteilt und Nein aber verlangt. Unter dem Sozialstengel war das anders. Da war es keine Partei, die fast allein unter den Übergriffen der Polizei, des Staatsanwalts und der Richter zu leiden hatte; unsere Klagen fanden hier im Hause bei den anderen Parteien wenig Entgegenkommen. Dass heute auch bei den bürgerlichen Parteien mehr Interesse für diese Fragen besteht, kommt ganz natürlich daher, dass neuerdings die Fälle bei häusen, wo auch angesehene Personen aus bürgerlichen Kreisen sich der Polizeiwillkür ausgesetzt sehen. Sogar die „Kreuz-Ztg.“ erklärte, dass das, was in den letzten Monaten auf diesem Gebiete vorgekommen sei, alles erlaubte Platz übersteige. Leider ist es eine unbestreitbare Thatsache, dass es nur wenige Polizeiamtäler in Deutschland gibt, wo nicht die Mißhandlung verhafteter Personen ganz systematisch betrieben wird. Eine Statistik über Zahl, Dauer der Verhaftungen, sowie der Haftentlassungen ohne Anklageerhebung würde ein sehr verdächtiges Werk sein. (Sehr richtig links.) Man könnte vielleicht beim nächsten Etat eine solche Statistik in einer Resolution verlangen.

Auf die Thatsache der fast stets erfolgenden Verquälzung verurteilter Polizeibeamten ist bereits hingewiesen worden. Dadurch wird, wie wir einmal ein Polizeiamt bestätigt, als ob man an höchster Stelle ihr Vergehen nicht sonderlich scharf beurteile. — Ganz verkehrt ist der Grundsatz, die Schulden nicht aus den Gegenenden zu nehmen, wo sie antreten. In Berlin giebt es Schulden, die des Deutschen nur sehr mäßig wichtig sind. (Hört, hört links.) In Elsfach-Lohrungen haben, nach der Meinung des dortigen Volkes, die östlichen Schulden die Annäherung an Deutschland geradezu verhindert. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Bei der Behandlung von Gefangenen sind vielfach Fälle vorgekommen, wo der Reichsanzler als preußischer Ministerpräsident vollauf Grund zum Einschreiten gehabt hätte. In Ebersfelder Militärbefreiungsprozeß sind Verzeie zusammen mit gewöhnlichen Verbrechern eingesperrt worden. Gerade in Preußen sind die kleinen Anisgefängnisse in einem erbärmlichen, schauderhaften, menschenunwürdigen Zustand. Im Fall Tampe hat sich der Staatssekretär begnügt, die Verhaftung zu rechtfertigen — die allerdings gerechtfertigt sein mag — ist aber auf die Behandlung Tampe im Polizeigefängnis nicht eingegangen. — In Hamburg ist eine wegen Brechvergehen zur Haft verurteilte Parteigenossin von mir mit einer Herde von Prostituierten zusammen eingesperrt worden — es gab für alle zusammen nur eine Waschschüssel und ein Handtuch. Wie leicht könnten dabei Krankheiten übertragen werden.

In Berlin werden die politischen Gefangenen noch nach Verbüßung ihrer Strafe in unwürdiger Weise behandelt. Sie werden vom Gefäß, — im grünen Wagen nach dem Alexanderplatz gefahren und erst dort entlassen. Solche Behandlung müssen politische Redakteure erdulden, deren Strafe im Kampf um ihre Überzeugung keine Schmach, sondern eine Ehre ist. (Weißfall links.) Ich selbst habe in Plötzensee einmal ein paar Monate wegen Bismarckbeleidigung absitzen müssen. In den preußischen Gefängnissen giebt es ja leider keine Selbstbefreiung, wie in Sachsen. Während meiner zweijährigen Gefangenschaft in Sachsen wurde ich nicht allein anständig behandelt, sondern diese Haft hat mir sogar das Leben gerettet; für meine Gesundheit wie für meine geistige Behandlung sind mir diese zwei Jahre ganz gut bekommen. Herr Sternberg, der Zuchthäusler, genießt in Preußen die Renommee. Ihm wurde auch erlaubt, zu einem Termin in einer Tropfsteine zu fahren. Der Domänenpächter Falckenhagen, der unter so erschwerenden moralischen Umständen ein Duell provoziert hatte, sitzt jetzt in Danzig und genießt die größten Freiheiten. Noch einen Fall, der mich persönlich betrifft. Ich wurde 1881 wegen Bismarckbeleidigung angeklagt. Aus Leipzig war ich ausgewichen und befand mich gerade auf einer Geiselsreise. Fünf Tage vor Pfingsten kam ich in Dresden an, wohnte im Hotel und war polizeilich angemeldet. Am ersten Pfingsttag wurde ich auf der Brühlschen Terrasse mittens aus der Menschenmenge heraus verhaftet. Als Grund der Verhaftung wurde Heimatlosigkeit angegeben und tatsächlich stand in dem vom Vorsitzenden Mangold des Landgerichts ausgegebenen Haftbefehl dieser Grund angegeben. (Heiterkeit und Verlegenheit.) Es war eine Gewissenslosigkeit und Niederdracht ersten Ranges. (Sehr richtig links.) Da während der Pfingsttage kein Richter zu haben war, wurde ich bis zum dritten Feiertag in Haft behalten. Erst dann wurde ich entlassen. — Die Darstellung, die Herr Oertel von dem Fall Augsburg gab, war unrichtig; Fräulein Augsburg selbst hat eine andere Darstellung gegeben. — Wir haben alles aufzubieten, um diesen, eines Kulturstates unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen. (Lebhafter Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Weimarer Bundesbevollmächtigter Dr. Paulsen: Ich stehe nicht an, zu erklären, dass im Falle Augsburg ein bedauerlicher Mißgriff seitens der Polizeibeamten vorliegt.

Abg. Dr. Müllers-Meinungen (Freie. Bgg.): Herr Oertel hat den Fall des Fr. Dr. Augsburg in einer Weise dargestellt, die geradezu eine Verhöhnung der Dame bedeutete. (Sehr richtig links.) Ich bin selbst in meiner Tätigkeit als Richter manchmal geradezu erstaunt über die polizeilichen Mißgriffe und die Geduld dieser Verküsse seitens der Richter. (Hört, hört links.) Hoffentlich macht die Regierung gegenüber solchen Mißgriffen endlich Ernst! (Weißfall links.)

Damit schließt die Beiratung der Interpellation.

Das Haus verlässt sich. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 24. November 1902.

### Wilhelm Pfannluch vor seinen Wählern.

Am Sonntag fand im „Luisenpark“ eine glänzend besuchte Versammlung statt, in welcher unser Reichstagabgeordneter Wilhelm Pfannluch seinen Wählern in einem Vortrage über „Die politische Lage und die kommenden Reichstagswahlen“ Kenntnis über das Wirken der Sozialdemokratie im Reichstage ablegte. Zu wie hohem Maße Genosse Pfannluch die Zustimmung der Versammlung fand, beweist die Thatache, dass er in seinem Wahlkreis wieder zum Kandidaten für die kommenden Reichstagswahlen aufgestellt wurde. Wir lassen den Bericht über die Versammlung folgen:

Zur Einleitung seines Vortrages widmete Gen. Pfannluch den verstorbenen Vorfahren unserer Partei anlässlich des Todesjubiläums ehrende Worte. Sich der Organmarkt zuwendend konstatierte er zunächst das starke Anwachsen des Einflusses unserer Partei im Parlament und ist der Meinung, dass wir, wenn wir den Militarismus und Marinismus kontrahieren möchten würden, sogar die ausdrücklichste Partei im Reichstage sein würden. Als prinzipielle Gegner des Militarismus, der uns immer mehr Kosten aufsetzt, und uns andererseits schwere Belastungen bringt kann, ist an die Verwirklichung dieser Idee nicht zu denken. Neben trittet den „patriotischen“ Sinn mancher Vierer von Material für das deutsche Reich, der u. a. dadurch frisch illustriert wird, dass z. B. die amerikanischen Fabrikanten Baupläne für unseren Flottenbau um 520 Mark pro Tonnen billiger angeboten haben, als sie der gestorbenen Geh. Kommerzienrat Scrupp der deutschen Marineverwaltung geleistet hat.

Abg. Schröder (Freie. Bgg.): Ich bedaure nur, dass der Herr Reichsanzler nicht selbst zu den heutigen Verhandlungen erschienen ist. (Sehr richtig links.) Mit Worten ist uns nicht geholfen; hier können nur Thaten helfen. — Herr Oertel erzählte uns, dass er selbst keine Gefangenenserfahrungen gesammelt habe. Wenn der Bund der Landwirte fortfährt, Opposition zu machen, so kann er vielleicht doch noch zu Erfahrungen auf diesem Gebiete kommen. (Heiterkeit.) In den kleinen Gefangenissen herrschen schlimme Zustände, die dringend nach Remedien verlangen. Wir bitten den Reichsanzler dringend, seine heutigen Versprechungen wahr zu machen. (Weißfall links.)

Abg. v. Gazzalinski (Pole) erklärt, sich jetzt nicht äußern zu wollen, da seine Fraktion eine besondere Interpellation ein-

bringen werde.

Abg. Weibel (Soz.): Die Parteien des Hauses von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, die Presse von der „Kreuzzeitung“ bis zum „Vorwärts“ haben einmütig die politischen Mißgriffe verurteilt und Nein aber verlangt. Unter dem Sozialstengel war das anders. Da war es keine Partei, die fast allein unter den Übergriffen der Polizei, des Staatsanwalts und der Richter zu leiden hatte; unsere Klagen fanden hier im Hause bei den anderen Parteien wenig Entgegenkommen. Dass heute auch bei den bürgerlichen Parteien mehr Interesse für diese Fragen besteht, kommt ganz natürlich daher, dass neuerdings die Fälle bei häusen, wo auch angesehene Personen aus bürgerlichen Kreisen sich der Polizeiwillkür ausgesetzt sehen. Sogar die „Kreuz-Ztg.“ erklärte, dass das, was in den letzten Monaten auf diesem Gebiete vorgekommen sei, alles erlaubte Platz übersteige. Leider ist es eine unbestreitbare Thatsache, dass es nur wenige Polizeiamtäler in Deutschland gibt, wo nicht die Mißhandlung verhafteter Personen ganz systematisch betrieben wird. Eine Statistik über Zahl, Dauer der Verhaftungen, sowie der Haftentlassungen ohne Anklageerhebung würde ein sehr verdächtiges Werk sein. (Sehr richtig links.) Man könnte vielleicht beim nächsten Etat eine solche Statistik in einer Resolution verlangen.

Auf die Thatsache der fast stets erfolgenden Verquälzung verurteilter Polizeibeamten ist bereits hingewiesen worden. Dadurch wird, wie wir einmal ein Polizeiamt bestätigt, als ob man an höchster Stelle ihr Vergehen nicht sonderlich scharf beurteile. — Ganz verkehrt ist der Grundsatz, die Schulden nicht aus den Gegenenden zu nehmen, wo sie antreten. In Berlin giebt es Schulden, die des Deutschen nur sehr mäßig wichtig sind. (Hört, hört links.) In Elsfach-Lohrungen haben, nach der Meinung des dortigen Volkes, die östlichen Schulden die Annäherung an Deutschland geradezu verhindert. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Bei der Behandlung von Gefangenen sind vielfach Fälle vorgekommen, wo der Reichsanzler als preußischer Ministerpräsident vollauf Grund zum Einschreiten gehabt hätte. In Ebersfelder Militärbefreiungsprozeß sind Verzeie zusammen mit gewöhnlichen Verbrechern eingesperrt worden. Gerade in Preußen sind die kleinen Anisgefängnisse in einem erbärmlichen, schauderhaften, menschenunwürdigen Zustand. Im Fall Tampe hat sich der Staatssekretär begnügt, die Verhaftung zu rechtfertigen — die allerdings gerechtfertigt sein mag — ist aber auf die Behandlung Tampe im Polizeigefängnis nicht eingegangen. — In Hamburg ist eine wegen Brechvergehen zur Haft verurteilte Parteigenossin von mir mit einer Herde von Prostituierten zusammen eingesperrt worden — es gab für alle zusammen nur eine Waschschüssel und ein Handtuch. Wie leicht könnten dabei Krankheiten übertragen werden.

In den preußischen Gefängnissen giebt es ja leider keine Selbstbefreiung, wie in Sachsen. Während meiner zweijährigen Gefangenschaft in Sachsen wurde ich nicht allein anständig behandelt, sondern diese Haft hat mir sogar das Leben gerettet; für meine Gesundheit wie für meine geistige Behandlung sind mir diese zwei Jahre ganz gut bekommen. Herr Sternberg, der Zuchthäusler, genießt in Preußen die Renommee. Ihm wurde auch erlaubt, zu einem Termin in einer Tropfsteine zu fahren. Der Domänenpächter Falckenhagen, der unter so erschwerenden moralischen Umständen ein Duell provoziert hatte, sitzt jetzt in Danzig und genießt die größten Freiheiten. Noch einen Fall, der mich persönlich betrifft. Ich wurde 1881 wegen Bismarckbeleidigung angeklagt. Aus Leipzig war ich ausgewichen und befand mich gerade auf einer Geiselsreise. Fünf Tage vor Pfingsten kam ich in Dresden an, wohnte im Hotel und war polizeilich angemeldet. Am ersten Pfingsttag wurde ich auf der Brühlschen Terrasse mittens aus der Menschenmenge heraus verhaftet. Als Grund der Verhaftung wurde Heimatlosigkeit angegeben und tatsächlich stand in dem vom Vorsitzenden Mangold des Landgerichts ausgegebenen Haftbefehl dieser Grund angegeben. (Heiterkeit und Verlegenheit.) Es war eine Gewissenslosigkeit und Niederdracht ersten Ranges. (Sehr richtig links.) Da während der Pfingsttage kein Richter zu haben war, wurde ich bis zum dritten Feiertag in Haft behalten. Erst dann wurde ich entlassen. — Die Darstellung, die Herr Oertel von dem Fall Augsburg gab, war unrichtig; Fräulein Augsburg selbst hat eine andere Darstellung gegeben. — Wir haben alles aufzubieten, um diesen, eines Kulturstates unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen. (Lebhafter Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Weimarer Bundesbevollmächtigter Dr. Paulsen: Ich stehe nicht an, zu erklären, dass im Falle Augsburg ein bedauerlicher Mißgriff seitens der Polizeibeamten vorliegt.

Der Verlauf der Versammlung giebt uns die Gewissheit, dass nicht nur — wie selbstverständlich — die Wiederwahl des Genossen Pfannluch bei der Reichstagswahl als Kandidat der sozialdemokratischen Partei für Magdeburg proklamiert. Mit Worten des Dantes soll das ihm aus neuer weissem Vertrauen nahm Genosse Pfannluch die Kandidatur an.

Auf die Bedeutung der im Laufe dieser Woche stattfindenden Stadtvorordneten-Wahlen wurde vom Genossen Marxwald mit anstrengenden und ermunternden Worten hingewiesen, während die Genossen Gorgas und Weigert auf die am 7. Dezember stattfindende Arbeitslosenzählung mit der Bitte um rege Beteiligung an diesem wichtigen Kulturrekord hinwiesen.

Zum Schluss der Versammlung widmete auch Genosse Pfannluch unter Exemplifizierung aus Berliner Verhältnisse unjener Stadtordneten-Wahlen einige Worte, die Veranlassungen zu rege Beteiligung bei dem vorausichtlich schweren Kampf auffordernd. Mit einem dreisachen Brausen hoch auf ihrem Porte wurde die von über 2000 Personen besuchte Versammlung nach 7 Uhr abends geschlossen.

Der Verlauf der Versammlung giebt uns die Gewissheit, dass nicht nur — wie selbstverständlich — die Wiederwahl des Genossen Pfannluch bei der Reichstagswahl als Kandidat der sozialdemokratischen Partei erfolgen wird, sondern dass sich die sozialdemokratische Stimmenzahl derartig vermehren wird, dass in den Kleinen und den Großen ebenso viel Vergnügen bereitet wird, wie unseren lieben Kleinen, das dramatische Weihnachtsmärchen „Wie Klein-Esel das Christkind suchen ging“. Das postvolle Märchen hat am lgl. Schauspielhaus in Berlin, wo es vor zwei Jahren schon gegeben wurde, einen so starken Erfolg erlebt, dass es auch im vorigen Jahre schon zum zweiten Male die Kleinen und die Großen zur Weihnachtszeit ergötzte. Das Esel wird mit vollständig neuer Ausstattung gegeben, neu in Dekoration, Kostümen und Requisiten, und ist darauf bedacht genommen, dass die Ausstattung an bunter Farbenpracht und bleibenden Belohnungseffekten dem feinsten Charakter des Märchens völlig gerecht werden soll. Das Märchen ist von Therese Haupt, die für die Handlung sehr wichtige Musik ist von Julius Laubner komponiert. Das Werk ist fast an allen Bühnen aufgeführt oder zur Aufführung angenommen.

und des dadurch hervergerufenen unverschuldeten Elends in vielen Hunderten von Arbeiterfamilien für sofortige Beschaffung von Arbeitsgelegenheit Sorge zu tragen. Die Versammlung bedauert, dass die jetzige Auffassung von der gegenwärtigen Lage der Arbeiter, nach welcher „derjenige, der arbeitet will, auch Arbeit findet“, noch immer in den sogenannten maßgebenden Kreisen Anhänger findet, trotzdem bei dem gegenwärtigen Stande unserer Literatur sich ein jeder so leicht über das Gegenteil informieren kann. Die obige Auffassung kennzeichnet aber in gewissem Sinne unsere gegenwärtige Gesellschaftsordnung, in welcher der eine Teil nicht weiß oder nicht wissen will, wie der andere Teil lebt. Die Versammlung erachtet es als selbstverständlich, dass Staat und Kommune bei Störungen in der Produktion — von der Schärfen und Dauer wie die gegenwärtige — nicht die ohne ihre Zukunft und gegen ihren Willen überflüssig gewordenen Arbeitskräfte sich selbst überlässt, sondern in richtiger Erkenntnis der Volkswohlfahrt, unter Berücksichtigung der berechtigten Eigentümlichkeiten qualifizierter Arbeiter für eine allgemeine nutzbringende Verwendung dieser brachliegenden Arbeitskräfte sorgt und so ausgleichend im Produktionsprozess wirkt.

Das Gewerkschafts-Sekretariat wird beauftragt, diese Reaktionen zur Kenntnis der Behörden zu bringen, und thunlichst davon zu warten, dass die Hilfe der gegenwärtigen Notlagen Leidens der Behörden beschleunigt wird.

Hoffentlich hat die Versammlung den gewünschten Erfolg.

— **Apothekenübergabe.** Die dem Apotheker Adolf Bournot gehörige Johannisk-Apotheke, Johanniskbergstraße Nr. 1 hier, ist nach amtlicher Revision dem öffentlichen Verkehr übergeben.

— **Vom Tage.** Am Sonnabend nachmittag wurde vom Feuerwehr „Fechtkrone“, Jakobsstraße, ein Kommando der Feuerwehr verlangt, welches nach Ankunft einen voll Wasser gelassenen Keller im Hause Jakobsstraße 42 wieder leer pumpete. — Am Sonnabend nachmittag gegen 5 Uhr trat eine erhebliche Verkehrsstörung am Sudenburger Thor in Folge Umkipps eines schiefes beladenen Sennwagens ein. Es dauerte geraume Zeit, bevor durch Umladen des Gutes der Straßenbahnbetrieb wieder aufgenommen werden konnte. — Am Sonntag früh um 9½ Uhr stürzte auf dem Breitenweg das Pferd vom Lurzuspech der Firma Lublin. Nach ½ Stunden Anstrengungen gelang es, das Tier durch Streuen von Sand wieder auf die Weine zu bringen. Am Nachmittag 4½ Uhr war vor dem Grundstück auf dem Breitenweg 19 ebenfalls ein Pferd gestürzt, welches aber erst durch Hilfsleistung der Feuerwehr aufgerichtet werden konnte. — Am Montag ereignete sich im Grundstück Braunschweigerstraße 29 in der Sudenburg ein Wasseroberbruch. Ein Mann der Feuerwehr Sudenburg sorgte hier für die Festigung weiterer Unternehmlichkeiten.

— **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** erhalten wir folgende Botschaft: Mit den Aufführungen des Weihnachtsmarkts wird diesmal schon viel früher, bereits am Sonnabend, den 29. November, begonnen werden, um eine größere Anzahl von Aufführungen zu ermöglichen, denn die Wahl hat diesmal ein Märchen getroffen, das den Großen ebenso viel Vergnügen bereitet wird, wie unseren lieben Kleinen, das dramatische Weihnachtsmärchen „Wie Klein-Esel das Christkind suchen ging“. Das postvolle Märchen hat am lgl. Schauspielhaus in Berlin, wo es vor zwei Jahren schon gegeben wurde, einen so starken Erfolg erlebt, dass es auch im vorigen Jahre schon zum zweiten Mal die Kleinen und die Großen zur Weihnachtszeit ergötzte. Das Esel wird mit vollständig neuer Ausstattung gegeben, neu in Dekoration, Kostümen und Requisiten, und ist darauf bedacht genommen, dass die Ausstattung an bunter Farbenpracht und bleibenden Belohnungseffekten dem feinsten Charakter des Märchens völlig gerecht werden soll. Das Werk ist fast an allen Bühnen aufgeführt oder zur Aufführung angenommen.

## Letzte Nachrichten.

(„Derold“, Devesch-Bureau.)

Frankfurt a. M., 24. November. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet aus Bielefeld: In der Volksabstimmung wurde der Verfassungskontrakt betreffend Subvention der Volkschulen durch den Bund mit 255.000 gegen 78.000 Stimmen angenommen.

Philadelphia, 24. November. Als Präsident Roosevelt gestern durch die Straßen der Stadt fuhr, drang ein unbekannter junger Mann durch die Reihen der Polizei zum Wagen des Präsidenten. Der Sekretär Roosevelt glaubte an ein Attentat und wehrte ihn ab. Der Mann wurde sofort verhaftet, erklärte aber, er habe keine böse Absicht gehabt, sondern den Präsidenten nur in der Nähe sehen wollen. Man fand in seinem Besitz ein kleines Taschenmesser.

Frankfurt a. M., 24. November. Die „Frankf. Bld.“ meldet aus Coblenz: Gestern nachmittag explodierte das Hauptgasrohr im Gasometer „Zum Schwanen“. Das Gas ist teilweise zerstört, Wände und Decken sind eingestürzt. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Paris, 24. November. (Eig. Drahtb.) Die Angestellten in der Boulaire-Villa sind gestern nach Ratten gebrüllt worden, wobei sie auch der in der Sache konvolutierte Appellationsgerichtsrat Andrieu abgerichtet ist. Die Verhandlung beginnt heute.

Paris, 24. November. (Eig. Drahtb.) Es bestätigt sich nunmehr, dass bei dem Eisenbahnhof in der Picardie die beiden Lokomotivführer sowohl wie die beiden Peizer getötet worden sind. Zwei Peizeude wurden verletzt. Die Ursache des Zusammenstoßes war dicker Nebel. Der Materialbeschädigung ist wegen Nachlässigkeit im Dienst seines Amtes entzogen worden.

&lt;

# Begen Todesfall Total-Ausverkauf

sämtlicher Gegenstände meines gesamten Warenlagers  
bestehend aus  
**Glas und Porzellan.**

Preise teils unter Einkauf.

1305 Das gesamte Warenlager muß bis zum 15. Dezember geräumt sein.

**H. Bode senior Nachfolger**

Inhaberin: **Ww. Franziska Knobbe.**

# Vereine!

Zu Verlosungen bei Vereinsfeierlichkeiten  
empfehlen wir:

**Photographie-Albums**

**Postkarten-Albums**

Vorzügliche Muster in Schreibzeugen

Grosse Auswahl in Geschenk-Litteratur

billigen Prachtwerken usw.

# Buchhandlung Volksstimme.

## Magdeburger Strumpfwaren-Fabrik

Huldreich Schmidt

1204 Breiteweg 68, Ecke Rathswageplatz  
Café Hohenzollern gegenüber. — Fernsprecher 8897.

## Strumpfwaren • Strickgarne • Trikotagen.



Seltene Gelegenheit! Großer Ausverkauf  
wegen Umzug nach  
Schönesbecker-Str. 107a.

Riesen-Lager aller Arten

**Altdentsh. Zimmernhren**

goldene und silberne

Herren- und Damen-Uhren

**Alle Schmuckstücke**

wie: Broschen, Chrringe, Arm-  
bänder, Ketten, Krawatten-  
nadeln, Ringe

20-50 Prozent Rabatt!

**Hermann Möller**

Uhrenmacher

Buckau, Feldstr. Nr. 55

Ecke Thiemstraße. 1375

Seltene Gelegenheit!

## Besonders billiges Schuhwaren- Angebot

heute und folgende Tage so weit  
der Vorort reicht 1332

Bogcaß-Herren-Zugstiefel . . . . . 8.00

Bogcaß-Herren-Schnürstiefel . . . . . 8.00

Bogcaß-Herren-Schnallenstiefel 8.00

Bogcaß-Damen-Knops- und

Schnürstiefel . . . . . 6.50

Bogcaß-Mädchen-Knops- und Schnürstiefel 27-30 4.25

do . . . . . 31-35 4.75

Kalb-Mädchen-Knops- und Schnürstiefel 21-30 4.25

do . . . . . 31-35 4.75

Rohleder-Mädchen-Knops- und Schnürstiefel 27-30 2.90

do . . . . . 31-35 3.40

Zugstiefel m. Ledersatz 25-26 2.75

do . . . . . 27-30 3.50

do . . . . . 31-35 4.00

do . . . . . 36-42 5.00

Weisse Lederspangen-Schuhe . . . . . 3.50

Weisse Chischuhe . . . . . 2.90

**Gewerkschaftliche Artikel:**

Deutsche Streckstatistik 1890-1901.

Adressen der Gewerkschafts-Organisa-

tionen, Gemeinde-Abteilungen, Ge-

meindeteile, -Gebiete, -Gemeinde-

-Ortschaften, -Ortschaften, -Ortschaft-

-Ortschaften, -Ortschaften, -Ortschaft-